

**** English version below ****

Grenzen in Zeiten von Covid-19

Christian Wille (UniGR-Center for Border Studies, Universität Luxemburg)

Territoriale Grenzen und soziale Grenzziehungsprozesse gewinnen im Zuge der Covid-19-Pandemie eine zum Teil dramatische Relevanz. Ein prägnantes Beispiel dafür ist das 25. Jubiläum des Inkrafttretens der Schengener Abkommen am 26. März 2020, das mit der Verstärkung von Grenzkontrollen bzw. Schließungen der EU-Binnengrenzen zusammenfällt. Die von der EU-Kommission zum 16. März 2020 aufgestellten „Richtlinien zu Maßnahmen des Grenzmanagements zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Waren und notwendigen Dienstleistungen“ sorgen derzeit dafür, dass trotz einsetzender re/bordering-Prozesse die Grenzen durchlässig bleiben für den Warenverkehr, Grenzgänger*innen und für eigene Landsleute.

Diese Korridore bleiben allerdings verschlossen für Schutzsuchende, also für ‚Ausländer*innen‘, und die Nationalstaaten konzentrieren sich auf die eigenen Interessen. Auch bei der Beschaffung von medizinischem Material scheint nationaler Protektionismus und Egoismus zunächst leitend zu sein, wenn etwa Exportverbote ausgesprochen oder Schutzmasken beschlagnahmt werden. Solche Renationalisierungsprozesse – oder besser gesagt: nationalen Selbstbeschäftigungen – führen auch dazu, dass sich keine Regierung mehr einsetzt für die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge. Sie verharren in Camps auf den griechischen Inseln, an der türkisch-griechischen Grenze und anderswo in beengten Verhältnissen, gravierenden hygienischen Bedingungen und es ist nur eine Frage der Zeit, bis dort eine humanitäre Katastrophe ausbricht.

Gleichzeitig ist eine gewisse Solidarität zwischen den EU-Ländern zu beobachten, die erst Ende März langsam Fahrt aufzunehmen scheint. Dazu zählt nicht nur das immer stärker artikulierte Anliegen, sowohl bei der Eindämmungs- als auch der Exit-Strategie abgestimmt vorzugehen. Auch die zunehmende Aufnahme von schwerkranken Infizierten aus Nachbarländern oder der Versand von medizinischem Material in besonders betroffene Gebiete im Ausland zeugen davon. Die EU-Kommission versäumt es dabei nicht, mit ihren PR-Werkzeugen die Vorteile des Zusammenschlusses der europäischen Staaten herauszustreichen: etwa in Bezug auf das konzertierte #FlattenTheCurve, die koordinierten Rückholaktionen per Charterflüge, die Bereitstellung von Hilfspaketen oder die gemeinsame Beschaffung von medizinischer Ausrüstung. Birgt die Coronakrise mit ihren Abschottungsreflexen einerseits und ihrer sogenannten #EUSolidarity andererseits eine Chance zur Wiederbelebung Europas?

Soziale Grenzziehungen

Soziale Grenzziehungen werden in der aktuellen Situation als Kategorisierungen relevant gemacht, und das zum Teil in dramatischer Weise. Angesprochen sind damit Unterscheidung in systemrelevante Arbeitskräfte einerseits, welche über neue Formen der

kollektiven Solidarbekundung oft als ‚Held*innen des Alltags‘ gefeiert werden. Und die weniger systemrelevanten Arbeitskräfte andererseits, die à la #SocialDistancing im vermeintlich sicheren Home-Office arbeiten. Diese Unterscheidung, die auch eine Ordnung der Privilegierten und weniger Privilegierten widerspiegelt, verweist weiter auf Fragen der (Un)gleichheit: Inwiefern sind wir im Angesicht der Viruserkrankung (un)gleich und warum stellen sich die weniger Privilegierten nun weitgehend als systemrelevant heraus?

Daneben ist die Vulnerabilität von Menschen – zumeist gemessen am Alter und an Vorerkrankungen – ein weiteres Kriterium für zu beobachtende b/ordering-Prozesse: Personen werden in Risikogruppen eingeteilt und damit als besonders schützenswert bzw. weniger schützenswert, was sich allerdings als nicht verlässlich erweist. Denn auch bei jungen Menschen kann die Infektionskrankheit einen schweren Verlauf nehmen. Weiter werden soziale Grenzziehungen mit zum Teil tödlicher Finalität vorgenommen, die der fortlaufenden Pandemie und wachsenden Überlastung der Gesundheitssysteme geschuldet sind. So müssen Ärzt*innen entscheiden, wer ambulant und wer stationär behandelt wird oder wer beatmet wird und wer nicht (mehr). Solche eingesetzten Ordnungen, die für Grenzen zwischen Leben und Tod stehen (können), rufen ethische Fragen auf den Plan.

Außerdem sind Kategorisierungen kritisch im Blick zu behalten, die ‚das Fremde‘ als Bedrohung oder Ursache der Viruserkrankung projizieren (othering). So wurden schon einige Wochen vor den einschneidenden Schutzmaßnahmen chinesische Restaurants gemieden, von einem „chinesischen Virus“ (D. Trump) gesprochen oder das mexikanische Bier „Corona Extra“ stehen gelassen. Solche Beobachtungen mögen zunächst nachrangig erscheinen, aber es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit bis rechtspopulistischen Kräfte ähnliche Kategorien des konstitutiven Anderen mobilisieren und für ihre Interessen in Stellung bringen.

(Dis)Kontinuitäten in Grenzregionen

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben die Wirtschaft lahmgelegt und werden gravierende Auswirkungen zeigen für Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Nach den ersten Einbrüchen an den Börsen haben Betriebe ihre Produktion zurückgefahren, öffentliche Einrichtungen auf Notbetrieb umgestellt und Arbeitskräfte wurden angehalten sich im Home-Office gesund zu halten, um jene zu ersetzen, die sich an vorderster Front arbeitend infizieren könnten. Das soziökonomische Ecosystem ist aus der Spur geraten und der Virus fördert seine Fragilität(en) zu Tage. Das wird besonders in Grenzregionen deutlich, die durch Grenzschießung oder -verstärkungen nun mehr oder weniger abgeschnitten sind von ihren Nachbarn. So leidet zum Beispiel das deutsche Bundesland Brandenburg enorm unter der Schließung der deutsch-polnischen Grenze, die sich sofort mit Pkw- und Lkw-Staus von 15 bis 20 Stunden, entsprechenden Lieferverzögerungen und Schwierigkeiten für Pendler*innen niederschlug.

Mit einer speziellen Bescheinigung können Grenzgänger*innen die Grenzkorridore nutzen, wobei für jene, die im Home-Office arbeiten, fiskalische Probleme entstehen: Ab einer bestimmten Anzahl an Tagen, die im Wohnland gearbeitet wird, wird die Arbeitsleistung nach den Regeln des Wohnlands besteuert und die Abgabe auch dort abgeführt. Dieses

Problem, das für Grenzgänger*innen etwa in Luxemburg auch in virusfreien Zeiten problematisch ist, wurde rasch gelöst: Belgien, Frankreich (und bald auch Deutschland) haben Luxemburg versichert, dass diese Besteuerungsregel während der Pandemie nicht greifen soll.

Dafür hat sich die luxemburgische Regierung eingesetzt, denn aktuell ist die Abhängigkeit Luxemburgs von seinen Nachbarländern so deutlich wie noch nie zuvor: Ca. 70% der Arbeitskräfte im Gesundheitssektor sind Grenzgänger*innen (überwiegend aus Frankreich), deren Wegbleiben verhängnisvoll wäre – sie sind systemrelevant im wahrsten Sinne des Wortes. Es erstaunt daher nicht, dass der luxemburgische Premierminister sich bei den Grenzgänger*innen persönlich bedankt für ihre Arbeit im Großherzogtum und seinen Landsleuten versichert, er wisse von oberster Stelle, dass die Grenze zu Frankreich für Grenzgänger*innen passierbar bleibe. Auch in der Schweiz werden solche Abhängigkeiten virulent, weshalb Grenzgänger*innen weiterhin in die Alpenrepublik gelassen und – wie auch in Luxemburg – Überlegungen geführt werden, ob Grenzgänger*innen (mit ihren Familien) während der Pandemie am Arbeitsort in Hotels untergebracht werden können.

Die Pandemie macht in Grenzregionen sicher mehr als anderswo deutlich, inwiefern in der gegenwärtigen Krisensituation – aber auch danach – ein gemeinsames Handeln notwendig ist. Aktuelle Initiativen dieser Art sind die gegenseitige Unterstützung in der Krankenversorgung, wie etwa die Aufnahme von schwerkranken Infizierten aus Grand Est in Baden-Württemberg, dem Saarland, Rheinland-Pfalz oder Luxemburg. Oder die Einrichtung der „Cross-Border Task Force Corona“ zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien für ein abgestimmtes Vorgehen bei der Eindämmung von Covid-19 im Grenzgebiet.

Post-Corona

Es ist zu erwarten, dass sich Europa und die Gesellschaften weltweit durch die Viruskrankheit und die durchlebten drastischen Maßnahmen verändern werden. Darauf deutet bereits die gegenwärtige Rhetorik hin, die mit „Krise“ operiert, was etymologisch nichts Anderes als „entscheidende Wendung“ bedeutet. Allerdings ist noch nicht absehbar, wohin eine solche Wendung weisen wird. Wird die Erfahrung der Pandemie das Bewusstsein für eine entfesselte Globalisierung schärfen und künftig mehr Regeln oder Überwachung und Kontrolle einfordern? Wird das geteilte Moment der Krise und der (grenzüberschreitenden) Solidarität die EU-Länder und Grenzregionen wieder bzw. noch näher zusammenbringen? Oder werden Nationalismen weiter aufkeimen und fortgeschriebene Renationalisierungsprozesse den Post-Coronalismus kennzeichnen?

Damit im Zusammenhang steht auch die Frage nach der Zukunft des schon während der sogenannten Migrationskrise angeschlagenen Schengen-Raums. Anlässlich seines Jubiläums wies der luxemburgische Außenminister, Jean Asselborn, dafür eine Richtung: „Die Regeln des Schengen-Raums bilden den Rahmen für eine Zusammenarbeit, die es uns ermöglicht, gemeinsam die beispiellose Herausforderung dieser Pandemie zu bewältigen. Deshalb fordere ich, dass die im Schengenregime festgelegten Freiheiten so schnell wie möglich wieder etabliert werden. Die Wiedereinführung von Kontrollen an den gemeinsamen

Grenzen zwischen bestimmten Ländern kann nur eine einmalige und vorübergehende Maßnahme sein und muss in Übereinstimmung mit den Verträgen durchgeführt werden.“

Quelle

<http://cbs.uni-gr.eu/en/resources/borderobs> [12/04/2020]

<https://humanities.uni.lu/virtual-faculty/borders-in-times-of-covid-19> [12/04/2020]

<http://www.wille.lu> [12/04/2020]

Borders in Times of Covid-19

Christian Wille (UniGR-Center for Border Studies, University of Luxembourg)

Territorial borders and social demarcation processes are becoming dramatically more important during the coronavirus pandemic. A concise example is the 25th anniversary of the Schengen Agreement that coincides with border control tightening and the closure of internal EU borders. The “Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services” issued by the EU Commission on March 16th, 2020 currently ensure that despite the re/bordering processes, the borders remain open for tightly timed supply chains, cross-border commuters, and for a country’s own citizens.

However, these corridors remain closed to those seeking protection, i.e. to “foreigners,” and the nation states are currently concentrating on their own interests. When it comes to the procurement of medical supplies, national protectionism and selfishness appear currently to be at the foreground, for example when export bans are announced or protective masks are confiscated. Such renationalization processes – or rather: the preoccupation with the nation – also mean that no government is committed to opening the borders for refugees. They remain in camps on the Greek islands, on the Turkish-Greek border, and elsewhere in cramped quarters in severely unhygienic conditions and it is only a matter of time before a humanitarian disaster breaks out there.

At the same time, there is a certain degree of solidarity can be seen between the EU countries, which, at the end of March, slowly seems to be picking up speed. This includes not only the increasingly articulated concern to act in a coordinated manner both with the containment matters and the exit strategy. It is also shown in the increasing admission of critically ill patients from neighboring countries and the dispatch of medical supplies to particularly affected areas in other countries. The EU Commission has not failed to use its PR tools to emphasize the advantages of the union of the European countries: for example, regarding the concerted #FlattenTheCurve, the coordinated return of citizens abroad via

charter flights, the provision of aid packages, or the joint procurement of medical equipment. Is it possible that the corona crisis, with its reflex to isolate oneself on the one hand and its so-called #EUSolidarity on the other hand, offers an opportunity to revive Europe?

Social boundaries

Social boundaries are made relevant in the current situation as categorizations, and sometimes in a dramatic way. One distinction that can be observed here is the one between essential workers on the one hand, who are often celebrated through new forms of collective solidarity as “everyday heroes,” and, on the other hand, the less essential workers who work in a more-or-less secure home office à la #SocialDistancing. This distinction, which also reflects a classification of the privileged and the less privileged, further points to questions of (in)equality: to what extent are we (un)equal in the face of the viral disease and why is it that the less privileged now by and large turn out to be systemically important?

In addition, the vulnerability of people – usually measured in terms of age and pre-existing conditions – is another criterion for the b/ordering processes that can be observed: People are divided into risk groups and are therefore particularly worthy of protection or less worthy of protection, although this division does not prove to be all that reliable. Because even in young people, the infectious disease can become severe. Furthermore, social boundaries are drawn, some of which are fatal, due to the ongoing pandemic and increasing overload of health systems. Doctors have to decide who will be treated on an outpatient basis and who will be admitted and who will get a ventilator and who will not (anymore). Such classifications, which (can) represent borders between life and death, raise ethical questions.

In addition, categorizations that project “the other” as a threat or a cause of the viral disease must be critically examined (othering). A few weeks before the drastic protective measures were taken, Chinese restaurants were being avoided, there was talk of a “Chinese virus” (D. Trump) and the Mexican beer “Corona Extra” was left sitting on the shelves. Such observations may seem unimportant at first, but it is probably only a matter of time before right-wing populist forces mobilize similar categories of the constitutive other and position them for their own interests.

(Dis)continuities in Border Regions

Measures to contain the virus have paralyzed the economy and will have serious repercussions for employment and the labor market. After the initial slumps on the stock exchanges, businesses have cut their production, public facilities have switched to emergency mode, and workers have been urged to stay healthy by working from home in order to replace those on the front line who could become infected. The socio-economic ecosystem has gotten off track and the virus has revealed its fragility. This is particularly evident in border regions that are now more or less cut off from their neighbors due to border closure or reinforcement. For example, the German state of Brandenburg is suffering

enormously from the closure of the German-Polish border, which immediately resulted in car and truck traffic jams lasting 15 to 20 hours, corresponding delivery delays and difficulties for commuters.

With a special certificate, cross-border commuters can use the border corridors, although fiscal problems can arise for those who work from home: After a certain number of days worked in the country of residence, the work is taxed according to the rules of the country of residence and the tax paid there too. This problem, which is problematic for cross-border commuters in Luxembourg, for example, even during virus-free times, was quickly resolved: Belgium, France and Germany have assured Luxembourg that they will not apply this taxation rule during the pandemic.

The Luxembourg government advocated for this because Luxembourg's dependence on its neighboring countries has never been clearer than it is now: approx. 70% of the workforce in the health sector is made up of cross-border commuters (mostly from France), the absence of which would be fatal – they are essential in the truest sense of the word. It is therefore not surprising that the Prime Minister of Luxembourg personally thanked the cross-border commuters for their work in the Grand Duchy and assured his citizens that he has it on top authority that the border to France will remain passable for cross-border commuters. Such dependencies have also become virulent in Switzerland, which is why cross-border commuters continue to be admitted to the Alpine Republic and – just as in Luxembourg – considerations are being made as to whether cross-border commuters (with their families) can be accommodated in hotels at their place of work during the pandemic.

The pandemic certainly makes it clearer in border regions than elsewhere the extent to which joint action is necessary in the current crisis situation – but also afterwards. Current initiatives of this kind include mutual support in health care, such as the admission of critically ill people from Grand Est in Baden-Württemberg, Saarland, Rhineland-Palatinate, or Luxembourg. Or the establishment of the “Cross-Border Task Force Corona” between North Rhine-Westphalia, the Netherlands and Belgium for a coordinated approach to contain Covid-19 in the border area.

Post-Corona

It is to be expected that Europe and societies worldwide will change as a result of the viral disease and the drastic measures that have been implemented to combat it. This is already indicated by the current rhetoric that uses the term “crisis,” which, etymologically speaking, means nothing more than “decisive turn.” However, it is not yet clear in which direction such a turn will point. Will the experience of the pandemic raise awareness of unfettered globalization and thus demand more rules or supervision and control in the future? Will the shared moment of crisis and (cross-border) solidarity bring EU countries and border regions back together or closer together? Or will nationalisms continue to emerge and continued processes of renationalization characterize the post-corona era?

This is also connected to the question of the future of the Schengen area, which had already been hit during the so-called “migration crisis”. On the occasion of its anniversary on March

26th, 2020, the Luxembourg foreign minister, Jean Asselborn, pointed the way: “The rules of the Schengen area provide the framework for cooperation which will enable us to face this unprecedented challenge together. Therefore, I call upon all to restore Schengen without delay. The reintroduction of border controls at our common borders can only be occasional and temporary and must be done in accordance with the Treaties.”

Sources

<http://cbs.uni-gr.eu/en/resources/borderobs> [12/04/2020]

<https://humanities.uni.lu/virtual-faculty/borders-in-times-of-covid-19> [12/04/2020]

<http://www.wille.lu> [12/04/2020]